

STAATS- UND UNIVERSITÄTSBIBLIOTHEK HAMBURG
CARL VON OSSIETZKY Von-Melle-Park 3 · D-20146 Hamburg

Titel:

Autor:

Purl: https://resolver.sub.uni-hamburg.de/kitodo/PPN1754726119_19160506

Rechtehinweis und Informationen

Der Inhalt ist gemeinfrei. Das Digitalisat darf frei genutzt werden.

Public Domain

Zum Zwecke der Referenzierbarkeit und einem erleichterten Zugang zum Original bitten wir um folgenden Hinweis bei der Nachnutzung:

Original und digitale Bereitstellung:
Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg Carl von Ossietzky
+ Signatur + Link zum Digitalisat

Qualitativ höherwertige Reproduktionen können in verschiedenen Formaten und Auflösungen kostenpflichtig erworben werden. Gebühren werden entsprechend der Gebührenordnung für wissenschaftliche Bibliotheken der Freien und Hansestadt Hamburg erhoben.

Sollten Sie das Objekt in Ihrer eigenen Veröffentlichung verwenden, würden wir uns freuen, wenn Sie uns darüber informieren und uns die bibliographischen Angaben Ihrer Publikation mitteilen. Wir freuen uns natürlich sehr, wenn Sie uns zur Information sogar ein Belegexemplar der Publikation zukommen lassen können.

Kontakt für Nachfragen:
Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg - Carl von Ossietzky -
Von-Melle-Park 3
20146 Hamburg
auskunft@sub.uni-hamburg.de
<https://www.sub.uni-hamburg.de>

Hamburger Echo.

Das „Hamburger Echo“ erscheint täglich, außer Montags.
 Bezugspreis: durch die Ausdrucker monatlich 35 A., vierteljährlich 1.50, halbjährlich 2.70, jährlich 4.50 frei ins Haus.
 Einzelnummer in der Expedition und den Filialen 6 A.
 bei den Straßenhändlern 10 A. Sonntagsnummer mit „Neue Welt“ 10 A.
 Kreuzbandendungen monatlich 2.70, für das Ausland monatlich 4.40.

Redaktion: **Hamburg 36.** Expedition: **Hamburg 36.**
 Behlendorfstraße 11, I. Stoz. Behlendorfstraße 11, Erdgeschoss.

Verantwortlicher Redakteur: **Karl Petersen in Hamburg.**

Anzeigen die achtspaltige Petitzeile oder deren Raum 45 A. Arbeitsmarkt, Vermietungs- und Familienanzeigen 25 A. Anzeigenannahme Behlendorfstr. 11, Erdgeschoss (bis 5 Uhr nachmittags), in den Filialen (bis 4 Uhr), sowie in allen Annoncen-Büros. Platz- und Retortenanzeigen ohne Verbindlichkeit. Reklamen im redaktionellen Teil werden ohne weiteres gratis nach eigenem Ermessen angenommen. Buchhandlung: Erdgeschoss, Buchdruckerei: I. Stoz, Behlendorfstr. 11.

Filialen: St. Pauli, ohne Amendastraße, bei Franz Würgelberger, Altonaerstr. 17. **Gimsbüttel, Langenfelde** bei Carl Dreyer, Fruchtallee 42. **Hoheluft, Eppendorf, Groß-Borstel und Winterhude** bei Ernst Großkopf, Weddendorferstr. 8. **Barmbeck, Uhlenhorst** bei Theodor Petersen, Heinrich-Dreyer-Str. 145. **Nord-Barmbeck** bei Robert Bier, Poppensuhlenstr. 13. **Hohenfelde, Borgfelde, Hamm, Horn, Schiffbek und Billwärder** bei Carl Oetel, Bauhof 28. **Hammerbrook** bei Kaufmännischer Verein bei Rud. Fuhrmann, Süderstraße 18. **Notenburgerort und Reddel** bei Fr. Hübenner, Wilm. Wöhrendamm 213a, **Höft.** **Wilhelmsburg** bei G. Oesterich, Fischerstr. 69, I. **Gilbek, Wandsbek, Hirschfelde und Ost-Barmbeck** bei Franz Krüger, Kurze Reihe 34. **Altona** bei Friedr. Ludwig, Bürgerstr. 22. **Ottensen, Wahrenfeld** bei Franz Kose, Friedensallee 46.

Die deutsche Antwort auf Wilsons Note.

Präsident Wilson hat nun durch Vermittlung seines Vorgesetzten Gerardo die Antwort der deutschen Regierung auf seine letzte Note über den Unterseebootkrieg erhalten. In wesentlich höflicherer Sprache abgefaßt als das amerikanische Schriftstück, ist sie doch sehr bestimmt. Hoffentlich wird das Volk der Vereinigten Staaten sie im Wortlaut kennen lernen und so den Sachverhalt, den Kern des ganzen Streites kennen lernen, den bisher ein lärmender Presseföhren mehr verhüllt als geklärt hat.

Die deutsche Regierung macht das Zugeständnis, daß der Unterseebootkrieg eine gewisse Einschränkung erfahren werde, verlangt aber unmissverständlich, daß nun die Vereinigten Staaten auch dafür sorgen, daß England keine völkerrechtswidrige Seehygiene aufhebe.

Wir geben zunächst den Text der deutschen Note, die am Donnerstagabend dem amerikanischen Vorgesetzten übergeben wurde, nach der amtlichen Mitteilung des Wolffschen Bureaus:

Der Unterzeichnete beehrt sich, im Namen der Kaiserlich Deutschen Regierung seiner Excellenz dem Vorgesetzten der Vereinigten Staaten von Amerika, Herrn James W. Gerardo, auf das Schreiben vom 20. v. M. über die Forderung des deutschen Unterseebootkrieges nachstehendes zu erwidern:

Die deutsche Regierung hat das ihr von der Regierung der Vereinigten Staaten in Sachen der „Sussex“ mitgeteilte Material an die beteiligten Marinestellen zur Prüfung weitergegeben. Auf Grund des bisherigen Ergebnisses dieser Prüfung verspricht sie sich nicht der Möglichkeit, daß das in ihrer Note vom 10. v. M. erwähnte, von einem deutschen Unterseeboot torpedierte Schiff in der Tat mit der „Sussex“ identisch ist. Die deutsche Regierung darf sich eine weitere Mitteilung hierüber vorbehalten, bis einige noch ausstehende, für die Beurteilung des Sachverhalts ausschlaggebende Feststellungen erfolgt sind. Falls es sich erweisen sollte, daß die Annahme des Kommandanten, ein Kriegsschiff vor sich zu haben, irrig war, so wird die deutsche Regierung die sich hieraus ergebenden Folgenungen zugehen.

Die Regierung der Vereinigten Staaten hat an den Fall der „Sussex“ eine Reihe von Behauptungen geknüpft, die in dem Sage spielen, daß dieser Fall nur ein Beispiel für die vorbedachte Methode unerschiedsloser Zerstörung von Schiffen aller Art, Nationalität und Bestimmung durch die Kriegsschiffe der deutschen Unterseeboote sei. Die deutsche Regierung muß diese Behauptung mit Entschiedenheit zurückweisen. Auf eine ins Einzelne gehende Zurückweisung glaubt sie indes in dem gegenwärtigen Stadium bezichtigen zu sollen, zumal, da die amerikanische Regierung es unterlassen hat, ihre Behauptung durch konkrete Angaben zu begründen. Die deutsche Regierung begnügt sich mit der Feststellung, daß sie, und zwar lediglich mit Rücksicht auf die Interessen der Neutralen, in dem Gebrauch der Unterseebootwaffe sich weitgehende Beschränkungen auferlegt hat, obwohl diese Beschränkungen notwendigweise durch den Feinden Deutschlands zugute kommen — eine Rücksicht, der die Neutralen bei England und seinen Verbündeten nicht begegnet sind.

In der Tat sind die deutschen Seestreitkräfte angewiesen, den Unterseebootkrieg nach den allgemeinen völkerrechtlichen Grundsätzen über die Anhaltung, Durchsicht und Zerstörung von Handelsschiffen zu führen, mit der einzigen Ausnahme des Handelskrieges gegen die im englischen Kriegsgebiet betroffenen feindlichen Frachtschiffe, bezwegen der Regierung der Vereinigten Staaten niemals, auch nicht durch die Erklärung vom 8. Februar d. J., eine Zusicherung gegeben worden ist. Einen Zweifel daran, daß die entsprechenden Befehle loyal gegeben worden sind und loyal ausgeführt werden, kann die deutsche Regierung niemandem gestatten. Jedwem, wie sie tatsächlich vorgekommen sind, lassen sich bei keiner Art der Kriegsführung ganz vermeiden und sind in dem Seekrieg gegen einen Feind, der sich aller erlaubten und unerlaubten Ritten bedient, unvermeidlich. Aber auch abgesehen von diesem Umstand ist der Seekrieg genau wie der Landkrieg für neutrale Personen und Güter, die in den Bereich der Kämpfe gelangen, unvermeidliche Gefahren in sich. Selbst in Fällen, in denen die Kampfhandlung sich lediglich in den Formen des Kreuzerrieges abspielt, sind wiederholt neutrale Personen und Güter zu Schaden gekommen. Auf die Minengefahr, der zahlreichere Schiffe zum Opfer gefallen sind, hat die deutsche Regierung wiederholt aufmerksam gemacht.

Die deutsche Regierung hat der Regierung der Vereinigten Staaten mehrfach Vorschläge gemacht, die bestimmt waren, die unvermeidlichen Gefahren des Seekrieges für amerikanische Menschen und Güter auf ein Mindestmaß zurückzuführen. Leider hat die Regierung der Vereinigten Staaten diesen nicht angenommen, auf diese Vorschläge eingehen zu wollen; anderenfalls würde sie dazu beigetragen haben, einen großen Teil der Unfälle zu verhindern, von denen inzwischen amerikanische Staatsangehörige betroffen worden sind. Die deutsche Regierung hält auch heute noch an ihrem Angebot fest, Vereinbarungen in dieser Richtung zu treffen.

Entsprechend den wiederholt von ihr abgegebenen Erklärungen kann die deutsche Regierung auf den Gebrauch der Unterseebootwaffe auch im Handelskrieg nicht verzichten. Wenn sie sich heute in der Anpassung der Methoden des Unterseebootkrieges an die Interessen der Neutralen zu einem weiteren Entgegenkommen entschließt, so sind für sie Gründe bestimmend, die sich über die Bedeutung der vorliegenden Streitfrage erheben.

Die deutsche Regierung mißt den hohen Geboten der Menschlichkeit keine geringere Bedeutung bei als die Regierung der Vereinigten Staaten. Sie trägt auch voll Rechnung der langen gemeinschaftlichen Arbeit der beiden Regierungen an einer von diesen Geboten geleiteten Ausgestaltung des Völkerrechts, deren Ziel stets die Befreiung des Land- und Seekrieges auf die bewaffnete Macht der Kriegführenden und die menschliche Sicherung der Nichtkämpfenden gegen die Grausamkeiten des Krieges gewesen ist.

Für sich allein würden jedoch diese Gesichtspunkte, so bedeutsam sie sind, für die deutsche Regierung bei dem gegenwärtigen Stand der Dinge nicht den Ausschlag geben können.

Dem gegenüber dem Appell der Regierung der Vereinigten Staaten an die geheiligten Grundsätze der Menschlichkeit und des Völkerrechts muß die deutsche Regierung erneut und mit allem Nachdruck feststellen, daß es nicht die deutsche, sondern die britische Regierung gewesen ist, die diesen fürchterlichen Krieg unter Mißachtung aller zwischen den Völkern vereinbarten Rechtsnormen auf Leben und Eigentum der Nichtkämpfer ausgedehnt hat, und zwar ohne jede Rücksicht auf die durch diese Art der Kriegsführung schwer geschädigten Interessen und Rechte der Neutralen und Nichtkämpfenden. In der bittersten Notwehr gegen die rechtswidrige Kriegsführung Englands, im Kampf um das Dasein des deutschen Volkes hat die deutsche Kriegsführung zu dem harten, aber wirksamen Mittel des Unterseebootkrieges greifen müssen. Bei dieser Sachlage kann die deutsche Regierung nur erneut ihre Bedauern darüber aussprechen, daß die humanitären Gefühle der amerikanischen Regierung, die sich mit so großer Wärme den bedauerlichen Opfern des Unterseebootkrieges zuwenden, sich nicht mit der gleichen Wärme auch auf die vielen Millionen von Frauen und Kindern erstrecken, die nach der erklärten Absicht der englischen Regierung in den Hunger getrieben werden und durch ihre Hungerqualen die siegreichen Armeen der Zentralmächte zu schimpflicher Kapitulation zwingen sollen. Die deutsche Regierung und mit ihr das deutsche Volk hat für dieses ungleiche Empfinden um so weniger Verständnis, als sie zu wiederholten Malen sich ausdrücklich bereit erklärt hat, sich mit der Anwendung der Unterseebootwaffe streng an die vor dem Krieg anerkannten völkerrechtlichen Normen zu halten, falls England sich dazu bereit findet, diese Normen gleichfalls seiner Kriegsführung zu Grunde zu legen. Die verschiedenen Verträge der Regierung der Vereinigten Staaten, die Großbritannien die Regierung hierzu zu bestimmen, sind an der ersten Ablehnung der britischen Regierung gescheitert. England hat auch weiterhin Völkerrechtswidriges gehandelt und in der Vergewaltigung der Neutralen jede Grenze überschritten. Seine letzte Maßnahme, die Erklärung deutscher Umlenkwerke als Vorräte, verbunden mit den Bedingungen, zu denen allein englische Umlenkwerke an die Neutralen abgegeben wird, bedeutet nichts anderes als den Versuch, die Sonntage der Neutralen durch unerhörte Erpressung unmittelbar in den Dienst des englischen Wirtschaftskrieges zu zwingen.

Das deutsche Volk weiß, daß es in der Hand der Regierung der Vereinigten Staaten liegt, den Krieg im Sinne der Menschlichkeit und des Völkerrechts auf die Streitkräfte der kämpfenden Staaten zu beschränken. Die amerikanische Regierung wäre dieses Erfolges sicher gewesen, wenn sie sich entschlossen hätte, ihre unbestreitbaren Rechte auf die Freiheit der Meere England gegenüber nachdrücklich geltend zu machen. So aber steht das deutsche Volk unter dem Eindruck, daß die Regierung der Vereinigten Staaten von Deutschland in dessen Existenzkampf die Beschränkung im Gebrauch einer wirksamen Waffe verlangt, und daß sie die Unterwerfung ihrer Beziehungen zu Deutschland von der Erfüllung dieser Forderung abhängig macht, während sie sich gegenüber den völkerrechtswidrigen Methoden seiner Feinde mit Protesten begnügt. Auch ist dem deutschen Volke bekannt, in wie weitem Umfang unsere Feinde aus den Vereinigten Staaten mit Kriegsmitteln aller Art versehen werden.

Unter diesen Umständen wird es verstanden werden, daß die Annahme des Völkerrechts und der Gefühle der Menschlichkeit im deutschen Volke nicht den vollen Widerhall finden kann, dessen ein solcher Appell hier unter ungleichen Umständen nicht sicher ist.

Wenn die Deutsche Regierung sich trotzdem zu einem ähnlichen Zugeständnis entschließt, so ist für sie entscheidend einmal die mehr als hundertjährige Freundschaft zwischen den beiden großen Völkern, sodann aber der Gedanke an das schwere Verhängnis, mit dem eine Ausdehnung und Verlängerung dieses grausamen und blutigen Krieges die gesamte zivilisierte Menschheit bedroht.

Das Bewußtsein der Härte hat es der Deutschen Regierung erlaubt, zweimal im Laufe der letzten Monate ihre Vereinfachung zu einem Deutschlands Lebensinteressen sichernden Frieden offen und vor aller Welt zu bekunden. Sie hat damit zum Ausdruck gebracht, daß es nicht an ihr liegt, wenn die Völker Europas der Friede noch länger vorenthalten bleibt. Mit umso stärkerer Berechtigung darf die Deutsche Regierung aussprechen, daß es vor der Menschheit und der Geschichte nicht zu verantworten wäre, nach 21-monatiger Kriegsdauer die über den Unterseebootkrieg entstandene Streitfrage ein den Frieden zwischen dem deutschen und dem amerikanischen Volke ernstlich bedrohende Wendung nehmen zu lassen.

Einer solchen Entwicklung will die Deutsche Regierung, soweit es an ihr liegt, vorgeben. Sie will gleichzeitig ein letztes dazu beitragen, um — solange der Krieg noch dauert — die Beschränkung der Kriegsführung auf die kämpfenden Streitkräfte zu ermöglichen, ein Ziel, das die Freiheit der Meere einschließt und in dem sich die Deutsche Regierung mit der Regierung der Vereinigten Staaten auch heute noch einig glaubt.

Von diesem Gedanken geleitet, teilt die Deutsche Regierung der Regierung der Vereinigten Staaten mit, daß die Weisung an die deutschen Seestreitkräfte ergangen ist, in Beobachtung der allgemeinen völkerrechtlichen Grundsätze über Anhaltung, Durchsicht und Zerstörung von Handelsschiffen auch innerhalb des Kriegsgebietes Kaufschiffe nicht ohne Warnung und Rettung der Menschlichkeit zu versenken, es sei denn, daß sie sich oder Widerstand leisten.

bleibt, ihrerseits völkerrechtswidrige Mittel nach Belieben zur Anwendung zu bringen. Ein solches Verhalten würde mit dem Wesen der Neutralität unvereinbar sein. Die Deutsche Regierung ist überzeugt, daß der Regierung der Vereinigten Staaten eine beratige Zustimmung fernliegt; dies entnimmt sie aus der wiederholten Erklärung der Amerikanischen Regierung, daß sie allen Kriegführenden gegenüber die verletzte Freiheit der Meere wieder herzustellen einschließen sei.

Die Deutsche Regierung geht demgemäß von der Erwartung aus, daß ihre neue Weisung an die Seestreitkräfte auch in den Augen der Regierung der Vereinigten Staaten jedes Hindernis für die Durchführung der in der Note vom 23. Juli 1915 angebotenen Zusammenarbeit zu der noch während des Krieges zu bewerkstelligenden Wiederherstellung der Freiheit der Meere aus dem Wege räumt, und sie zweifelt nicht daran, daß die Regierung der Vereinigten Staaten nunmehr bei der Großbritannien die alsbaldige Beobachtung derjenigen völkerrechtlichen Normen mit allem Nachdruck verlangen und durchsetzen wird, die vor dem Krieg allgemein anerkannt waren und die insbesondere in den Noten der Amerikanischen Regierung an die Britische Regierung vom 28. Dezember 1914 und vom 6. November 1915 dargelegt sind. Sollten die Schritte der Regierung der Vereinigten Staaten nicht zu dem gewünschten Erfolge führen, den Gelehen der Menschlichkeit bei allen kriegführenden Nationen Geltung zu verschaffen, so würde die Deutsche Regierung sich einer neuen Sachlage gegenübersehen, für die sie sich die volle Freiheit der Entschlüsse vorbehalten muß.

Der Unterzeichnete bemerkt auch diesen Anlaß, um dem Herrn Vorgesetzten die Versicherung seiner ausgesprochenen Hochachtung zu erneuern. (G.) von Jagow.

Ein verschleierte Ultimatum, wie Wilsons vorausgegangene Note, ist diese Erklärung der deutschen Regierung nicht. Es wird allerdings von einem „äußersten Zugeständnis“ gesprochen, aber dieses ist besagt, daß es befriedigen muß, wenn auf der anderen Seite der gute Wille zur Verständigung vorhanden ist. Und es ist andererseits ein Zugeständnis, das angenommen werden muß, wenn wirklich die Sorge um die Wahrung der Menschlichkeit und nicht andere Beweggründe den Präsidenten Wilson zu seiner Note getrieben haben.

Von besonderer Wichtigkeit, und nicht nur nach außen hin, ist es, daß die deutsche Regierung darauf hinweist, wie sie schon zweimal im Laufe der letzten Monate ihre Friedensbereitschaft offen und vor aller Welt bekundet habe und daß es nicht an ihr liege, wenn den Völkern Europas der Friede noch länger vorenthalten bleibe. Darauf zu antworten, aber in einer anderen Form, als es Mr. Aquith tat, wäre die Aufgabe der leitenden Staatsmänner der leitenden Koalition.

Doch auch für den Präsidenten Wilson steht in dieser Stelle der Note eine Mahnung. Ihm, als dem Vertreter der einzigen noch nicht in den Krieg verwickelten Großmacht, wäre es möglich, zur Abklärung und baldigen Beendigung des fürchterlichen Unheils wesentlich beizutragen. In der ersten Zeit des Ringens wurde viel davon gesprochen, daß Wilson die Rolle des Friedensstifters ererbe, und manches ist geschehen, worin gewissermaßen die Anerkennung lag, daß er berufen sei, in den Streit Europas maßgebend und vermittelnd eingzugreifen wir erinnern nur daran, daß von deutscher Seite die Beschränkungen über den völkerrechtswidrigen Gebrauch von Dummgeschossen an ihn gerichtet und um seine Hilfe zur Abstellung dieser Grausamkeit gebeten wurde. In der Folge zeigte sich aber immer deutlicher seine Unbereitschaft, und als gar die Fabrikation von Kriegsmaterial für die Alliierten in den Vereinigten Staaten gewaltigen Umfang annahm, bereit, daß eine Zeitlang überhaupt die Engländer und Franzosen, schließlich auch die Russen den Kampf nur vermöge dieser „neutralen“ Hilfe fortsetzen konnten, wurde das Urteil über Wilsons Politik anders. Die außerordentliche Dummheit, die er gegenüber allen englischen Uebergriffen bewies, und die ebenso auffallende Schärfe, mit der er sich gegen die deutsche Seekriegsführung wendete, zeigten seine Stellung mit hinreichender Klarheit.

Da der Präsident der Vereinigten Staaten nach einer über 100 Jahre alten und für ganz andere als die heutigen Verhältnisse berechneten Verfassung in der auswärtigen Politik eine Macht hat, die weit über die hinausgeht, die ein europäischer Monarch ausüben kann, mußte tatsächlich damit gerechnet werden, daß die amerikanische Regierung eines Tages den Rest von Scheinneutralität aufgeben werde, den sie solange bewahrt hatte, und das „Ultimatum“ vom 20. April klug bedrohlich genug. Wenn es nach dem Willen einzelner Selbstherrscher bei uns, die leider in verbreiteten Zeitungen das Wort führen können, gegangen wäre, hätte eine deutsche Antwort gleicher Tonart zum Bruch führen müssen. Die Regierung hat verständigerweise den Weg eingeschlagen, der die Beilegung des Streites ermöglicht, wenn auf der anderen Seite nicht das Gegenteil gewünscht wird.

Präsident Wilson ist aber nicht nur vor die Frage gestellt, ob er einen amerikanisch-deutschen Konflikt gefühllos herbeiführen will, sondern darüber hinaus ist er auf die Möglichkeit verwiesen, durch gleichmäßige Behandlung beider europäischer Parteien den Friedensschluss zu beschleunigen. Wenn er die in der deutschen Note ausgesprochene Erwartung erfüllt und für die Aufhebung der Hungerblockade mit dem nötigen Ernst eintritt, wird das Haupthindernis des Friedens, die englische Hoffmann, Deutschland auf diese Weise zur Uebergabe auf Gnade oder Ungnade zu zwingen, fallen. An demselben Tag, da London den Verzicht auf die Vermögenspläne ausspricht, wird auch in Paris und London das deutsche Friedensangebot keine Ablehnung mehr finden.

Aber sogar ein rein passives Verhalten der amerikanischen Regierung wäre dem Frieden günstig. Denn bei der schon bei Beginn des Krieges zutage getretenen militärischen Unterlegenheit der Koalition ließ sich der Kriegseifer nur aufrechterhalten durch Ausdehnung des Krieges. Als Japan sich nach der Einnahme von Tsingtau „zur Ruhe setzte“ und Truppen für den europäischen Kriegsschauplatz verweigerte, wurde Italien gekauft. Dann sollten Rumänien und Griechenland herangezogen werden, ließen sich aber nicht gewinnen. Immerhin wirkte der Hinweis auf das baldige Erscheinen neuer Helfer so, daß in Frankreich wie in England die Friedensstimmung nicht zum Durchbruch kam. Der letzte Trumpf, den das Londoner Kabinett hat, ist Amerika.

Eine unzweifelhaft neutrale Haltung der Vereinigten Staaten fördert die Friedensmöglichkeit. Dessen sollte sich die amerikanische Regierung, dessen sollte sich aber auch das amerikanische Volk bewußt werden, das doch nicht nur aus Kriegsprofiten besteht. Die deutsche Antwort zeigt den bisherigen Stand der Dinge. Hoffentlich bewirkt sie, daß an die Stelle der Phrasen die nüchternere Erwägung tritt, daß der Menschlichkeit am besten gebient wird durch eigene friedliche Haltung.

Deutscher Heeresbericht.

Amlich. W.B. Großes Hauptquartier, 5. Mai.
 Bekliger Kriegsschauplatz.
 Auch gestern war die Gefechtsstätigkeit an der englischen Front zwischen Armentières und Arras lebhaft. Bei Givenchy-en-Gohelle entwickelten sich Handgranatenkämpfe um einen Stützpunkt, in den der Feind vorübergehend hatte vordringen können.

Südlich der Somme sind nach deutsche Erkundungsabteilungen in die feindliche Stellung eingebracht, haben einen Gegenstoß abgewiesen und einen Offizier, 45 Mann gefangen genommen.

Links der Maas drangen unsere Truppen in vor-springende französische Verteidigungsanlagen westlich von Avocourt ein. Der Feind hatte sie unter dem Eindruck unserer Feuer ausgedehnt; sie wurden zerstört und planmäßig wieder geräumt.

Südlich von Hancock wurden mehrere französische Graben genommen und Gefangene erbeutet. Ein gegen den Westflügel der Höhe „Vater Mann“ wiederholter feindlicher Angriff brach völlig zusammen.
 Rechts der Maas kam es besonders nachts zu starker Artillerietätigkeit.

Ein englischer Doppeldecker mit französischen Abzeichen fiel an der Küste nahe der holländischen Grenze unversehrt in unsere Hand; die Insassen retteten sich auf neutrales Gebiet. — Ein deutsches Geschwader warf auf die Bahnanlagen im Nolette- und Aube-Tal (Champagne), sowie auf den Flughafen Snippes ausgiebig und erfolgreich Bomben ab.

Der Luftkrieg hat im Laufe des April, besonders in der zweiten Hälfte des Monats, auf der Westfront einen großen Umfang und wachsende Erbitterung angenommen. An Stelle des Einzelgefechts trat mehr und mehr der Kampf in Gruppen und Geschwadern, der zum größten Teil jenseits unserer Linie ausgetragen wird. Im Verlauf dieser Kämpfe sind im Monat April auf der Westfront 28 feindliche Flugzeuge durch unsere Kampfflieger abgeschossen, davon neun diesseits der Frontlinie in unserer Gewalt gefallen.

Außerdem erlagen 10 Flugzeuge dem Feuer unserer Abwehrtruppen. Unsere eigenen Verluste belaufen sich demgegenüber auf zusammen 22 Flugzeuge; von diesen gingen 14 im Luftkampf, vier durch Nichttreffere, vier durch Abschuss von der Erde aus verloren.

Deutlicher und Ballon-Kriegsschauplatz.
 Es hat sich nichts von besonderer Bedeutung ereignet. Oberer Heeresleitung.

Oesterreichisch-ungarischer Kriegsbericht.

W.B. Wien, 5. Mai. Amlich.
 Russischer Kriegsschauplatz.
 Unsere Flieger belegten vorgestern den Bahnnotenpunkt Zboldnowo südlich von Rowno mit Bomben. Im Bahnhofgebäude, in den Werkstätten, im rollenden Material und auf den Schienenanlagen wurden Treffer beobachtet. Mehrere Gebäude gerieten in Brand.
 Gestern wieder überall erhöhte Gefechtsstätigkeit. Vielfach auch Vorsegeplänkel.

Italienischer Kriegsschauplatz.
 In Rombo vertrieben unsere Truppen nach kräftiger Artillerievorbereitung den Feind aus mehreren Stellungen, nahmen hundert Alpin, darunter drei Offiziere, gefangen und eroberten zwei Maschinengewehre.
 Im Marmolata-Gebiet wurde nach einer schwächeren feindlichen Abteilung am Othang des Sajo Unbitt zerstreut. Sonst nur mäßige Artillerietätigkeit.
 Südlicher Kriegsschauplatz.
 Nicht Neues.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes: v. Höfer, Feldmarschalleutnant.

Ereignisse zur See.

Am 4. Mai vormittags haben unsere Seeflugzeuge Balona, am Nachmittag Brindisi bombardiert. In Balona wurden Batterien, Hafenanlagen und Flugzeugstationen mehrfach wackernd getroffen, in Brindisi mehrere

Volltreffer auf Eisenbahnhöhe, Bahnhofgebäude und Magazine, ferner im Arsenal inmitten einer dicht zusammenliegenden Gruppe von Gebäuden beobachtet. Mehrere Bomben sind in der Stadt explodiert. Ein zur Abwehr aufgestellten feindliches Flugzeug wurde sofort vertreiben. Auf dem Rückzuge wurde weit in See der Kreuzer "Marco Polo" angetroffen und die auf Deck dicht zusammenstehende Besatzung mit Maschinengewehren wirkungslos beschossen. Trotz des heftigen Abwehrens sind sowohl von Valona, als auch Brindisi alle unsere Flugzeuge wohlbehalten zurückgeführt.

Flottenkommando.

Friedensmahnung.

Von einem hervorragenden Neutralen wird der "Jülicher Post" geschrieben: Wer kann der Friedensstifter sein, der die nach Frieden hungernden Völker wieder in menschliche Zustände bringen wird, welche für die Schaffung und Kulturarbeit neue Bahnen schafft? Bei Amerika liegt die Möglichkeit, die Grundlagen zu schaffen, auf denen der Friede aufgebaut werden könnte. Die weltwirtschaftliche Aufgabe Amerikas scheint zu sein: Es erklärt nicht nur, daß es sich mit aller Entschiedenheit gegen den deutschen Ueberflutungskrieg wendet, sondern mit der gleichen Entschiedenheit erklärt es England, daß Amerika die Hand zum Abbruch des Krieges gegen Deutschland nicht bietet und auf seinem Rechte besteht, die Einfuhr nichtgehammter Waren nach Deutschland ohne Englands Benachteiligung durchzuführen. Gestärkte sich Deutschland zur Beendigung des Ueberflutungsrieges unter den erwähnten Bedingungen bereit ist Amerika gewillt, auf dem Rechte der Einfuhr nichtgehammter Waren zu bestehen, so ist der Krieg zu Ende. Den Kriegführenden bleibt nur eines, worauf die Völker lange warten, das sie sich befinden, wie endlich diesem ungeliebten Kriege ein Ende gemacht werden könne.

Unterhausdebatte über das neue Wehrpflichtgesetz.

Am 11. d. M. wurde in der Kammer die neue Wehrpflicht diskutiert. Die Debatte begann am 11. d. M. um 10 Uhr mit dem Bericht des Kommissionsberichts über den Entwurf eines Gesetzes über die Wehrpflicht. Der Bericht wurde von dem Kommissionsmitglied Lord Curzon vorgelesen. Er enthält die Ergebnisse der Beratungen der Wehrpflichtkommission. Lord Curzon erklärte, daß die Wehrpflicht ein wichtiges Element der nationalen Verteidigung sei. Er erklärte, daß die Wehrpflicht ein wichtiges Element der nationalen Verteidigung sei. Er erklärte, daß die Wehrpflicht ein wichtiges Element der nationalen Verteidigung sei.

Bei der zweiten Sitzung der Wehrpflichtkommission wurde von dem liberalen Abgeordneten Lord Curzon ein Antrag gestellt, die Wehrpflicht zu verlängern. Lord Curzon erklärte, daß die Wehrpflicht ein wichtiges Element der nationalen Verteidigung sei. Er erklärte, daß die Wehrpflicht ein wichtiges Element der nationalen Verteidigung sei. Er erklärte, daß die Wehrpflicht ein wichtiges Element der nationalen Verteidigung sei.

Die Wehrpflichtkommission hat sich für die Verlängerung der Wehrpflicht entschieden. Lord Curzon erklärte, daß die Wehrpflicht ein wichtiges Element der nationalen Verteidigung sei. Er erklärte, daß die Wehrpflicht ein wichtiges Element der nationalen Verteidigung sei. Er erklärte, daß die Wehrpflicht ein wichtiges Element der nationalen Verteidigung sei.

Major Wood (Unionist) sagte, die Regierung habe in der Frage der Wehrpflicht nichts getan, außer wenn sie durch die Presse oder das Parlament dazu gezwungen wurde, seit der Zeit, da die Kompromisse aufgehoben wurden.

Lord Curzon (Arbeitgeber) sagte, es sei nicht ersichtlich, wenn die Arbeiter Arbeitsverträge unterzeichnet hätten, die die allgemeine Wehrpflicht hätten. Die Wehrpflichtkommission hat sich für die Verlängerung der Wehrpflicht entschieden.

Das Unterhaus nahm das Wehrpflichtgesetz mit 328 gegen 36 Stimmen in zweiter Lesung an.

Die parlamentarische Zeitung "Review" von den "Dag" schreibt über die Wehrpflicht in England: Wenn die letzten Zehntausend Verheirateten ausbezahlt sind, ist England mit seiner großen Reserve fertig und kann höchstens noch, wie in den anderen Ländern, die Altersgrenze erhöhen. Aber mit den unerschöpflichen Hilfsquellen an Gut und Blut, mit welchen die englische Wehrpflicht in den ersten Kriegsmomenten den Wind so voll nahm, ist es dann aus. Wenn diese Maßregel kein Heer ergeben sollte, das zur Vernichtung des preussischen Militarismus ausreicht, dann wird vielleicht auf Seiten der Engländer die Stimmung gegenüber dem Frieden etwas anders werden.

Carlson gegen Asquith.

Der "Australische Courier" meldet aus London: Carlson hielt bei dem Festmahle des Kriegskomitees eine sehr feindselige Rede gegen die Koalition, vor allem gegen Asquith. Er sagte, der Premierminister sei nur ein Parteiführer und Redner groß. Man sei der Redeinhalt überdrüssig und glaube, daß es ein Unglück für das Land sei, daß der Premierminister ein so großer Redner ist.

Keine Schiffe not in England!

Im englischen Oberhaus sprach Lord Balfour über die Schiffe und sagte: England habe bei Kriegsausbruch über 11 000 Schiffe von über 4000 Tonnern. Die Admiralität habe 2000 bis 3000 für den Handel in Anspruch und es blieben etwa 8000 übrig. Die Verluste des Krieges seien auf diese Opfer zu beziehen und beträgen also nicht 40 pZt., sondern 14 pZt. des für den Handel verfügbaren Schiffes. Balfour erwähnte, daß mehrere Schiffe kenterten, weil die Besatzungen auf den Schiffen, die zu wenig Vorräte führten, falsch angeordnet waren. Der Schiffsbau werde verzögert, da sich die schifflichen Werte weigern, für den Schiffsbau den Stahl zu stellen und zu liefern, den der Munitionsmittel für den Schiffbau in England festgesetzt hat. Carlson erwiderte, 40 pZt. der Handelsflotte würden von der Regierung für militärische und andere finanzielle Zwecke requiriert, 14 pZt. werden zur Unterstützung von Besatzungen und Vorräten benötigt, 40 pZt. blieben den britischen Rednern unter Staatskontrolle. 500 Schiffe würden zur Verfügung Frankreichs, Italiens und Spaniens gestellt. Der tatsächliche Verlust an Schiffen würde durch die Beschaffung neuer und Erhaltung feindlicher Schiffe fast ganz ausgeglichen. Die britische Handelsflotte habe jetzt fast genau so viele Schiffe wie vor dem Kriege. Salisbury bezweifelte diese Angaben. Er dachte mit seinen Zweifeln nicht alleinigen.

Die englische Handelsespionage.

Das in Großbritannien erscheinende "Morning Post" erinnert in einem Leitartikel daran, daß seit Anfang April sämtliche norwegische Post aus Amerika von den Engländern beschlagnahmt,

in Kielwall zurückgehalten und durchsucht worden ist, was vermutlich in Verbindung steht mit der Handelsespionage, die England in Norwegen betreibt. Das Blatt fordert die Regierung auf, endlich öffentlich mitzuteilen, welche Schritte sie getan habe, um diese Uebergriffe zu verhindern.

Dieses Handelsespionage wird auch gegen andere Länder, besonders aber gegen Holland, betrieben. Sogar dessen Post von und nach seinen Kolonien wird durchsucht, und daß die so erforderten Geschäftsgeheimnisse englischen Konkurrenten zugute kommen, steht außer Zweifel.

Kommt die Einsicht?

Wie aus Genf berichtet wird, hat der Bürgermeister von Nom, Herr Colonna, bei der Unterhandlung mit einem amerikanischen Finanzmann über eine Anleihe für die Stadt Rom sich sehr lebhaft über die Verhältnisse ausgesprochen. Er sagte: "Es ist die Wahrheit auf den Kopf stellen, wenn man leugnet, daß die Italiener vor dem Kriege ein wirtschaftlich andres Bild bekommen haben. Die wirtschaftlichen Daten sind allerdings die gleiche herabzusetzen, durchzuführen mußte, immer klar vor Augen. Aber Italien wollte keine Erneuerung. Alles wurde damals hinweggeführt von dem genauen Strom der Verantwortung, der über Italien dahinströmte, alles wurde von der Flamme ergriffen, die Italien durchdrang. Wie diese Begeisterung zu stande kam, wird ein besonderes, wenn auch nicht sehr erfreuliches Kapitel der italienischen Geschichte bilden. Das naive italienische Volk, das jedem gern sein blindes Vertrauen schenkt, der ihm irgend etwas verspricht, das wie Kinder nach dem abgewandten Spielzeug greift, das man ihm vor die Augen hält, hat an dem — wie kann es leugnen — dem letzten Krieg keine Schuld. Es hat nicht geahnt, und es vertrat keine Interessen. Man hätte das Volk auch zu rechter Zeit auf die Gefahren führen können. Das italienische Volk erwartet nun, daß sein Vertrauen gerechtfertigt wird. Es wird Sache unserer Regierung sein, sich durch Handlungen, die die Sicherheit der italienischen Nation gewährleisten, dieses Vertrauen zu erwerben."

Man darf bei der Beurteilung dieser Äußerungen nicht außer acht lassen, daß Herr Colonna der liberalen Partei angehört, die sich bis im Mai vorigen Jahres gegen den Krieg erklärte. Als aber die von der Fremdenarbeit und englisches Gold geförderte Agitation ihren Höhepunkt erreicht hatte und die Entscheidung fallen mußte, stimmten auch die liberalen Abgeordneten für die zum Krieg entschlossene Regierung.

Vom Seekrieg.

Der französische Fischerboot "Vernabotte" (486 BRT) wurde am 1. Mai im Atlantischen Ozean, 150 Meilen von der nächsten Küste entfernt, durch ein feindliches U-Bootboot versenkt; 8 Mann sind aufgenommen worden und die übrigen 28 toten.

Der Leichter "Mars" aus Frederikstad, der von Sørborg mit Propellern nach England unterwegs war, wurde am Dienstagabend in der Nordsee von einem deutschen U-Bootboot angehalten und auf Grund gesetzt. Die Besatzung von 7 Mann ist an Bord eines Schiffsbootes in Frederikstad angekommen.

Das deutsche U-Bootboot "U-10" wurde am 7. Mai in der Nordsee versenkt. Der Leichter "Mars" wurde am 7. Mai in der Nordsee versenkt.

Englischer Bericht von der Westfront.

London, 4. Mai. Amlicher Bericht: Gestern Abend berichtete an verschiedenen Punkten erneute Tätigkeit. Der Feind griff nach heftiger Beschließung unsere Schützengräben in der Nähe von Wancourt an und schickte einige Verletzte zu. Der Feind brachste die Mauer des Schützengrabens und schickte einige Verletzte zu. Der Feind brachste die Mauer des Schützengrabens und schickte einige Verletzte zu.

Französischer Tagesbericht.

Paris, 5. Mai. Amlicher Bericht von Donnerstag Nachmittag 3 Uhr: In Belgien zerbrach unter Artillerie feindliche Einheiten auf einer großen Höhe und brachste ein Schützengraben. Feindliche Verletzte in allen Abschnitten des Schützengrabens. Feindliche Verletzte in allen Abschnitten des Schützengrabens. Feindliche Verletzte in allen Abschnitten des Schützengrabens.

Amlicher Bericht von Donnerstag Abend 11 Uhr: In den Argonnen beschloß unsere Artillerie feindliche Anlagen. In der Höhe 804 sehr heftig. Beim "Lozen Mann" wurde ein kleiner deutscher Angriff auf einen der feindlich und eroberten Gräben durch Sprengfeuer angefaßt. Feindliche Verletzte in allen Abschnitten des Schützengrabens.

Belgischer Bericht: Die gegenseitige Beschließung legte im Abschnitt von Ardenne wieder ein, nördlich davon kraftvoll. Unsere Batterien nahmen deutsche Batterien, Wimmerer, sowie Transportschiffe unter Feuer, die am Kanal von Fougny beobachtet wurden.

Vernichtung des "L 20".

Das norwegische Telegrammbüro meldet aus Stavanger: Der Regimentskommandeur Oberst Johannsen ließ nachmittags das Luftschiff "L 20" von einer Abteilung Soldaten beschießen, so daß es explodierte. Das Luftschiff begann wegen des starken Windes heftige Bewegungen zu machen und hätte sich, weil es noch

stark mit Gas gefüllt war, leicht losreißen und Schaden anrichten können. Die Explosion war sehr stark und weithin hörbar. Ein paar Boikschuppen gerieten in Brand und in den Häusern wurden die Fensterhänge zertrümmert.

Heimkehrende Invaliden vom "Albatros".

Aus Stockholm wird berichtet: Am Sonnabend traten zehn Invaliden vom "Albatros", zwei Unteroffiziere und acht Mann, die Heimreise nach Deutschland an.

Die Kamerun-Deutschen in Cadix.

Wolffs Bureau berichtet: 700 derjenigen Deutschen, die von Kamerun auf spanisches Gebiet übergegangen sind, sind in Cadix angekommen. Sie wurden zur Internierung ins Landesinnere beordert. Die Namen der Angekommenen sind noch nicht bekannt. Die spanische Regierung hat die namentliche Liste der nach Spanien übergetretenen Deutschen des Gouvernements Kamerun eingesehen, dagegen stehen die Listen der Schiffsgruppenangehörigen, Planzer, Kaufleute usw. aus. Die Vernehmung erfolgt baldigst nach Eintreffen.

Russischer Generalstabsbericht.

St. Petersburg, 5. Mai. Amlicher Bericht vom 4. Mai: Westfront: Der Feind entwickelte eine lebhaftere Artillerietätigkeit im Abschnitt Lersill und in der Gegend der Stellungen von Dünaburg und südwestlich von Dünaburg. In der Gegend südlich von Dünaburg warfen feindliche Flugzeuge an vielen Stellen der Front Bomben ab. — In der Gegend südlich von Rowno entspann sich ein heftiger Artilleriekampf; in dessen Verlauf wurde ein unserer Geschütze in einem deutschen Geschützhaus zerstört, das Schießen der Geschütze wurde dadurch unterbrochen. In der Richtung von Wajstschukow war ein nördlicher Angriff der Türken im Abschnitt ihrer Stellungen zurück, die wir vor kurzem einnahmen. Ebenso wiesen wir einen feindlichen nördlichen Angriff in Richtung Czernjow ab.

Italienischer Heeresbericht.

Rom, 5. Mai. Amlicher Bericht vom Donnerstag: In der Gegend von Zonate machte der Feind am 2. Mai nach heftigen Artilleriebeschüssen drei aufeinanderfolgende starke Angriffe gegen unsere Stellung bei Caltropico. Jedemal wurde er mit schweren Verlusten zurückgeschlagen und ließ ungefähr 60 Gefangene in unseren Händen. Auf dem Camello griffen am 3. Mai zwei feindliche Kolonnen gleichzeitig Gresson bei Forcarade an. Wir ließen sie mit 100 Mann heran und griffen sie durch einen Geschützschlag aus Maschinen- und Infanteriegewehren an und trieben sie mit ungeheuren Verlusten in Richtung zurück. Zwischen der Gasse und dem Veneto gewöhnliche Artillerietätigkeit und Bewegung von Geschützorten; unsere Batterien beschossen den Bahnhof Galliano und das Fort Dasso der Sonne; sie trafen ihre Ziele mehrmals. Von dem Col di Lana wurde ein neuer vergeblicher Angriff des Feindes auf unsere Stellungen nördwestlich des Gipfels gemeldet. Im mittleren Isonzo beschloß unsere Artillerie Tolemei und das Verschiebungszentrum des Feindes in dieser Gegend. Auf dem ganzen Schauplatz der Operationen wurde feindliche Tätigkeit: Feindliche Flugzeuge warfen Bomben auf das obere Canonica-Tal, das Vintze-Tal, die Ebene des unteren Isonzo und die Städte Padua und Gerba. Es gab nur wenige Verwundete und sehr leichte Beschädigungen. Zwei unserer Luftschiffe hielten in der letzten Nacht die Verhängerungen und Batterien sowie die Lager bei den Deschalen Padua, Verna und Wiga im Rapacco-Tale und den Flugplatz von Vintze. Feindliche Bomben wurden mit Bomben umgebener zweier Kanonen starker Sprengstoffe mit etwasa großer Wirkung abgeworfen. Auf dem Rückzuge führte eines der beiden Luftschiffe aus einem unbekannten Grunde auf feindlichem Gebiet in der Umgegend von Wörz ab. Das andere fehrte unbeschädigt in unsere Linien zurück.

Griechenland.

Der "Kolonialzeitung" meldet aus Budapest: "Eli Ujssag" meldet, daß König Georg von England an König Konstantin ein Telegramm geschickt habe, in dem der König nachdrücklich darauf aufmerksam macht, daß der letzte Moment gekommen sei, wo der griechische König sein Land und die Interessen des gesamten Balkanraums durch die entschlossene und offene Stellungnahme an der Seite der Verbündeten schützen könne. König Konstantin antwortete, gerade die von ihm und seiner Regierung betriebene Politik werde durch die diktatorischen Verordnungen des griechischen Regimes an diesem Standpunkte seine erste feierliche Veränderung vornehmen. (Budapester Nachrichten sind stets mit Vorsicht aufzunehmen.)

Türkischer Kriegsbericht.

St. Petersburg, 5. Mai. Das Hauptquartier teilt unter dem 4. Mai mit: Von den verlebten Fronten ist keine wichtige Handlung gemeldet worden. Am 2. Mai unternahm ein unserer Wasserflugzeuge einen Erkundungsflug in der Richtung auf Tenedos und Lemnos und warf über Lemnos vier Bomben ab, die explodierten.

Der Krieg in den Kolonien.

Die "Agence Havas" meldet: Das belgische Kolonialministerium teilt mit: General Comber, der Oberbefehlshaber der belgischen Kräfte an der Ostgrenze von Kongo, meldet, daß die belgischen Truppen die feindlichen Stellungen, die den Übergang des Kussisi bereiteten, umfingen und auf dem deutschen Ufer des Kussisi-Sees landeten. Dieses Wunder wurde durch das Feuer belgischer Flugzeugboote (F) begünstigt und davon der Feind, seine Stellungen an Ujssisi und Wihis des Sees zu räumen. Die belgischen Truppen überholten den Fluß und bestiegen die deutschen Stellungen von Tschimuanu. Nördlich von Kivu drangen die Belgier gleichfalls in belgisches Gebiet ein.

Die Lehren des Weltkrieges für Deutschlands Kolonialpolitik.

Die Hamburger Kolonialgesellschaft hat den Staatssekretär des Reichskolonialamtes Dr. Solf gebeten, über die Lehren des Weltkrieges für Deutschlands Kolonialpolitik zu sprechen. Das ist dieser Tage in einer sehr stark besuchten Versammlung der Kolonialgesellschaft unter Vorsitz von Solf geschehen. Da die Ausführungen für die weiteste Öffentlichkeit von Interesse sind, lassen wir sie in ihren wesentlichen Teilen hier folgen:

Der Vortragende ging davon aus, daß die Debatte die Frage aufgeworfen hat, ob die deutsche Kolonialpolitik im Weltkrieg eine eigene aktive Kolonialpolitik sein sollte. Er ging weiter von der Frage aus, ob die deutsche Kolonialpolitik im Weltkrieg eine eigene aktive Kolonialpolitik sein sollte. Er ging weiter von der Frage aus, ob die deutsche Kolonialpolitik im Weltkrieg eine eigene aktive Kolonialpolitik sein sollte.

Allgemeinpolitische Nachrichten.

Das Kapitalabfindungsgesetz für Kriegsverletzte und Artgerewitwen

wurde am Donnerstag im Reichstagsauschuß des Reichstages in erster Lesung zu Ende beraten und dabei wurden an der Vorlage einige wesentliche Änderungen vorgenommen. Zunächst wurde die Frage erörtert, ob auf das Abfindungsgesetz eine Gesetzeshypothese eingetragen werden sollte, um zu verhindern, daß die gesetzte Abfindungsumme vergrößert wird. Im allgemeinen herrschte in der Frage des Kapitalabfindungsgesetzes und die Spekulation unterbunden werden mußte. Das Ergebnis der Beratungen war die Einbringung eines § 2a, der lautet:

Die bestimmungsgemäße Verwendung des Kapitals ist durch die Form der Auszahlung und durch Maßnahmen zur Verhinderung alsbaldiger Weiterveräußerung des Grundvermögens oder des an ihm befindlichen Rechts zu sichern. Daneben wurde folgender nationalökonomischer Antrag angenommen:

Zur Sicherung der bestimmungsgemäßen Verwendung der Abfindungsumme und der etwaigen Rückzahlungen ist eine Sicherungshypothese zugunsten des Militärischen einzutragen. Die Sicherungshypothese verleiht dem Staat den Betrag des Kapitalabfindungsgesetzes und erlaubt mit dem Tod der Rentnerberechtigten.

Weitere Bedingungen des Eigentumsrechts seitens des Reiches sind unzulässig. Die §§ 3 und 4 wurden ohne Änderung angenommen. § 5 enthält die Stala für die Abfindung. Die Sozialdemokraten beantragten, der Abfindung einen Zinsfuß von nicht mehr als 4 pZt. zugrunde zu legen. Ein Vertreter der Regierung besprach die finanzielle Wirkung des Gesetzes. Schlußwort wurde mit einem Aufwand von 150 Millionen Mark zu zahlen. Redner legte dann ziffernmäßig dar, wie man zur Aufstellung der Stala gekommen ist.

Von verschiedenen Seiten wurde man sich zumutend, daß dem sozialdemokratischen Antrag, den die Kapitalabfindung bedeutet. In einem Bericht sei die Wirkung des sozialdemokratischen Antrages gezeigt. Ein 20jähriger vermögloser Kriegsschadigter würde nach der Kapitalabfindung seiner Vermögenszulage erhalten nach der Regierungsvorlage M 4800, nach dem sozialdemokratischen Antrag M 5670. Für Kriegsschadigter in mittleren Jahren, die Vermögenszulage beziehen, bedeutet der sozialdemokratische Antrag eine Verbesseerung um rund 800. Die Kriegszulage kann auch zum Zwecke des Grundvermögens kapitalisiert werden; hier beträgt die Verbesseerung etwa M 400. Ein dreißigjähriger Kriegsschadigter, dessen Kriegszulage und Vermögenszulage



Die Front im Osten. Mittelländische Front. Mittelländische Stellungslinie.

